

## **„Beyond Peace: Israel, the Mashreq, and Europe – Prospects for Cooperation“** Ein Resümee von Oliver Gnad

In Hamburg diskutierten Experten, welche Möglichkeiten ein Friedensschluss zwischen Israelis und Palästinensern eröffnet

Volker Perthes, Direktor der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, forderte Realismus ein: Seit Georg Busch der Ältere 1991 eine Neuen Weltordnung verkündet habe, sei Ernüchterung eingeleitet. Ungeachtet der Schlüsselrolle der Vereinigten Staaten im Nahen Osten und trotz hoffnungsvoller Ansätze seien alle Aktivitäten amerikanischer Administrationen zur Befriedung der Region gescheitert. Angesichts der zweiten Intifada und der nicht enden wollenden Serie von Bombenattentaten in Jerusalem und Tel Aviv, der Ermordung Yitzhak Rabins, dem Mauerbau in der Westbank, dem israelischen Feldzug gegen die Hisbollah im Libanon, der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen könne Georg Busch der Jüngere wohl kaum erfolgreicher sein als seine Vorgänger.

Doch der Annapolis-Prozess muss nicht scheitern. Nach sieben verlorenen Jahren ist das Fenster der Möglichkeiten wieder einen Spalt weit offen: Erstmals seit Rabins Tod hat ein israelischer Ministerpräsident die Gründung eines palästinensischen Staates wieder ganz oben auf seiner Agenda platziert. Dass Ehud Olmert von einer heterogenen Koalition getragen wird, macht seine Verhandlungsposition zwar nicht stärker. Doch Chancen werden von Optimisten ergriffen, nicht von Pessimisten.

Wie alle Beteiligten wissen, ist Kohabitation der einzige Weg zum Frieden. Die Teilung Israels – einschließlich Jerusalems – wäre die zwangsläufige Folge. Olmert hat dies auch öffentlich erklärt und damit das Schisma in der palästinensischen Führung noch vertieft. Wie auch immer der Teilungskompromiss aussehen wird – und vieles spricht für die Formel „1967 Plus“: Den Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat stellt niemand mehr ernsthaft in Frage. Gleiches gilt für den Staat Israel, ungeachtet der Kakophonie aus Teheran. Anders als noch im Jahre 2000, als Bill Clinton (viel zu spät) seine Friedensinitiative startete, sind nun auch die arabischen Staaten zu einem konzilianteren Kurs bereit. Die Rolle Saudi-Arabiens ist enorm konstruktiv und hat eine nicht zu unterschätzende disziplinierende Wirkung sowohl auf Israelis wie Palästinenser.

Welche Rolle kommt bei all dem Europa und der Europäischen Union zu? Der Einfluss der EU im Mittelmeerraum ist seit Beginn des Barcelona-Prozesses und der Europäischen Nachbarschaftspolitik beständig gewachsen. Zudem ist die EU sowohl für Israel wie für seine arabischen Anrainer der wichtigste Handelspartner. Während die Mashreq-Staaten nur etwa vier Prozent ihres Handels untereinander abwickeln, kommen rund 60 Prozent aller importierten Waren und Dienstleistungen aus dem EU-Raum. Hinzu kommen signifikant hohe Direktinvestitionen europäischer Anleger und Strukturfonds-Mittel. Ohne die Finanzströme aus Brüssel wären die palästinensischen Gebiete und die Autonomiebehörde kaum überlebensfähig, was die Pariser Geberkonferenz eindrucksvoll unterstrichen hat. Der EU-Aktionsplan für die palästinensischen Gebiete stärkt nicht nur das Unternehmertum und hilft beim Aufbau von Universitäten, sondern zielt auf die Ausbildung der Polizei und die Stärkung von Parteien und anderen politischen Institutionen. So werden aus fragilen Strukturen selbsttragende.

Das Zeitalter des Unilateralismus im Nahen Osten ist vorbei, und so kreisten die Debatten des Symposiums um sechs Leitfragen:

1. Wie kann die EU ihr Kooperationsnetzwerk zu den Mashreq-Staaten nutzen, um wirtschaftliche, wissenschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation in der Region anzustoßen?
2. Kann die EU Israel mehr als das derzeitige Assoziationsabkommen anbieten – etwa durch Einladung zur Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum wie bei Norwegen und der Schweiz?
3. Ist die EU fähig, den derzeitigen außenpolitischen Stillstand der USA zu überbrücken – sollte der von George Bush angestoßene Annapolis-Prozess nicht zum Erfolg führen – ohne die USA aus der politischen Verantwortung zu entlassen?
4. Ist die EU willens und fähig, eine Monitoringrolle nach Abschluss einer Vereinbarung zwischen Israel und den Palästinensern zu übernehmen und wird sie geschlossen genug sein, um Rückschlägen bei der Implementierung einer Friedensvereinbarung konstruktiv zu begegnen?
5. Kann die EU Katalysator bei den anstehenden Gesprächen zwischen der syrischen und israelischen Führung sein bzw. in Verhandlungen zwischen Damaskus und Beirut sein?

6. Wird es der EU gelingen, moderate islamische Gruppen an den Verhandlungstisch zu bringen und sie davon überzeugen, eine konstruktive Rolle beim Aufbau zukünftiger institutioneller Strukturen zu spielen?

All dies liegt in der Zukunft. Zunächst bedarf es des Friedensschlusses. Um ihn herbeizuführen, dürfte Europas „Soft Power“ nicht hinreichen. Und die „Zuckerbrot- und-Peitsche“-Strategie der letzten Jahre hatte nur mäßigen Erfolg. So fiel das Fazit von Manfred Lahnstein, Kuratoriumsvorsitzender der ZEIT-Stiftung, zwiespältig aus: „Ich habe große Zweifel an dem in Annapolis verabredeten Zeitplan für einen Friedensvertrag zwischen Israel und den Palästinensern. Das wird länger dauern. Jetzt kommt es darauf an, Tony Blair bei seiner Arbeit zu helfen und sich an die finanziellen Zusagen aus der Pariser Geberkonferenz zu halten. Wir alle werden viel Geduld brauchen. Friede muss zwischen Feinden geschlossen werden. Das bleibt schwer. Dass es gelingt, belegen die Friedensverträge zwischen Israel und Ägypten sowie Jordanien. Friedensarbeit ist Knochenarbeit – aber sie lohnt sich.“